

## **Die vollständige Haushaltsrede von Stafan Glander. Gehalten am 20.11.2023 im Kaiserslauterer Stadtrat**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Stadtvorstand,

Ich kann mich nicht erinnern, dass die politische Dimension eines doch eher spröden kommunalen Haushalts jemals so offen zutage trat wie dieses Jahr. Es zeigt sich klar, welche Auswirkungen bundespolitische sowie landespolitische Entscheidungen bis in die Niederungen unserer Haushaltsaufstellung haben. Und was der politische Wille der Landes- und Bundesregierung zerstören kann, aber auch was mit politischem Willen zu erreichen wäre. Dass der Haushalt in Kaiserslautern so aussieht wie er jetzt vor uns liegt, ist das Ergebnis einer rigiden Spar- und Kürzungspolitik von Land und Bund. Wenn der finanzielle Handlungsspielraum des Stadtrates Kaiserslautern nur darin besteht, ein zusätzliches Taubenhaus zu bauen, dann ist die grundgesetzlich verbrieftete Finanzhoheit der Kommunen nichts mehr als eine Farce.

Wir erlebten im August den Rücktritt des Ortsbürgermeisters und des gesamten Gemeinderats im südpfälzischen Freisbach wegen dem Streit um einen nicht ausgeglichenen Haushalt und der fehlenden Finanzausstattung durch das Land, eine Umfrage des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz vom September 2023 ergibt, dass 72 % der Städte, Gemeinden und Landkreise nicht davon ausgehen, dass der Kommunale Finanzausgleich und die Teilentschuldung (PEK) dabei helfen, ihre notwendigen Investitionen zu erhöhen. 80 % der Gemeinden und Städte gehen davon aus, dass der Gewerbesteuer-Hebesatz erhöht wird (47 % sogar von einer deutlichen Erhöhung) und 93 % gehen davon aus, dass die Grundsteuer B erhöht wird, 86 % sogar von einer deutlichen Erhöhung. In vier von fünf kommunalen Gebietskörperschaften wird durch den Kommunalen Finanzausgleich und die Teilentschuldung (PEK) keine Erhöhung der freiwilligen Leistungen erwartet.

In einem Brief der kommunalen Spitzenverbände an Innenminister Ebling vom 10. August 2023 wird gefordert, die Kommunen aus der Perspektivlosigkeit zu befreien. Die kommunale Finanzausstattung wird als weiterhin unzureichend beschrieben, notwendige Neubauten und Sanierungen von Schulen und Kindertagesstätten, Investitionen in Infrastruktur und Maßnahmen zum Klimaschutz würden deswegen unterbleiben. Fast gleichzeitig veröffentlicht der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz eine Pressemitteilung, in der er davor warnt, dass die unzureichende kommunale Finanzausstattung die Demokratie gefährde.

Ebenso im Oktober bittet das Bündnis „Für die Würde unserer Städte“, in dem auch Kaiserslautern Mitglied ist, den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier um Hilfe wegen der ungerechten Finanzverteilung und der ausbleibenden Hilfe für finanzschwache Kommunen.

Um die aktuelle Situation zu verstehen, muss man sich genau anschauen, wie es dazu kam. Nachdem der Verfassungsgerichtshof Rheinland-Pfalz in 2020 die Kommunale Finanzausstattung für verfassungswidrig erklärte, hat das Land zum 1.1.2023 den Kommunalen Finanzausgleich neu aufgestellt. Leider hat das Verfassungsgericht dem Land einen großen Handlungsspielraum eingeräumt ohne klar zu definieren, was unter einer verfassungsgemäßen Finanzierung zu verstehen wäre. Die Vorgehensweise der Landesregierung wurde von Beginn an von den kommunalen Spitzenverbänden äußerst kritisch begleitet und führte letztendlich zu einer Positionierung des Gemeinde- und Städtebundes vom August 2023, in dem genauestens dargelegt wurde, dass das Landesfinanzausgleichsgesetz unzureichend ist und sämtliche Kritik von kommunaler und wissenschaftlicher Seite an der Landesregierung abgeprallt ist. Gleichzeitig wird adäquat dargelegt, was zu verbessern wäre. Diese Verbesserungsvorschläge würden die allgemeinen Zuweisungen, also die Gesamtschlüsselmasse, für alle kommunalen Gebietskörperschaften erhöhen und gleichzeitig würde eine solche Systemumstellung das Land weniger als 2 % der Finanzausgleichsmasse kosten. Es ginge also besser, aber die Landesregierung hat nicht darauf reagiert.

Die unzureichenden Verbesserungen sind jedoch verbunden mit der Forderung einer radikalen Erhöhung der Realsteuersätze, was jegliche städtische Entwicklung erdrosselt.

Verstärkt wird diese negative Entwicklung mit der „Partnerschaft zur Entschuldung der Kommunen in Rheinland-Pfalz“. Anders als der euphemistische Name vermuten lässt, ist dies keine Partnerschaft, sondern ein Zwangsinstrument. Die enorme Entlastung durch die Teilentschuldung wird durch die negativen Auflagen in ihr Gegenteil verkehrt. Denn der Entlastung für unsere Stadt in einer Höhe von bis zu 420 Millionen alter Liquiditätskredite kommen für unseren Haushalt zusätzliche Belastungen in Höhe von jährlich ca. 6 Millionen Mindest-Rückführung der noch bestehenden Liquiditätskredite, verbunden mit dem Wegfall des Kommunalen Entschuldungsfonds, was einer jährlichen Mindereinnahme in Höhe von 16,8 Millionen Euro entspricht, dem Wegfall des Abbaubonus in Höhe von 1,7 Millionen Euro und dem Wegfall des Zinssicherungsschirms in Höhe von 2,1 Millionen Euro jährlich. In Summe eine zusätzliche Gesamt-Belastung in Höhe von ca. 26,6 Millionen Euro. Zudem muss man davon ausgehen, dass der Zinsvorteil durch die Teilentschuldung aufgrund der massiven Zinserhöhungen auf die bestehenden Liquiditätskredite wieder aufgefrisst wird. An einer kompletten Entschuldung durch den Bund führt demnach kein Weg vorbei.

Diese sogenannte „Partnerschaft“ verschlechtert die Haushaltslage in unserer Stadt trotz der enormen Teilentschuldung! Und sollten wir aufgrund der genannten negativen Auswirkungen nicht an dieser „Partnerschaft“ teilnehmen, müssen wir nicht 6 Millionen, sondern sogar 19,4 Millionen Euro als Mindest-Rückführung der Liquiditätskredite in den Haushalt einstellen. Eine solche „Partnerschaft“ bezeichnet man umgangssprachlich wohl eher als Zwangsehe.

Es ist schon eine künstlerische Leistung dieser Landesregierung, Verschlechterungen als Verbesserungen darzustellen und ihnen dann solche niedliche Namen wie „Kommunaler Entschuldungsfond“ oder „Partnerschaft zur

Entschuldung der Kommunen“ zu geben. Schon beim Kommunalen Entschuldungsfond ging es nicht um eine tatsächliche Entschuldung, sondern nur um eine geringere jährliche Kreditaufnahme, erkaufte mit einer rigorosen Spar- und Kürzungspolitik, die trotz Wegfall des KEF weiterbetrieben werden muss und durch den neuen Kommunalen Finanzausgleich und die sogenannte „Partnerschaft“ noch verschärft wird.

Zusätzlich verschärft sich die Situation noch durch die letzte Woche veröffentlichten Orientierungsdaten des Statistischen Landesamtes: durch die aktualisierten Zuweisungen und Umlagen hat Kaiserslautern fast 9,5 Millionen Euro weniger an Haushaltsmitteln zur Verfügung. Besonders gravierend bei den Schlüsselzuweisungen B, die wichtigste Zuweisung im KFA, die um 10,7 Millionen Euro sinkt. Das Landesfinanzausgleichsgesetz 2023 wurde damals seitens der Landesregierung mit großspurigen Pressemitteilungen angekündigt, in denen es hieß „Finanzausgleich spült den Kommunen Millionen in die Kassen“. Nein, meine Damen und Herren, die Landesregierung nimmt den Kommunen Millionen, die dringend für Investitionen, für soziale Projekte und Klimaschutz benötigt würden!

Zudem ist absehbar, dass unsere finanzielle Situation durch das geplante Wachstumschancengesetz der Bundesregierung, dass nur minimales Wachstum erreichen wird, weiter belastet wird.

Der Haushaltsentwurf 2024 hat weiterhin, trotz KFA, PEK und alledem weiterhin ein riesiges Defizit im Sozialbereich sowie Jugend und Sport in Höhe von insgesamt fast 117 Millionen Euro, somit vor allem bei den Pflichtaufgaben, die ja vom Land auskömmlich finanziert sein müssten.

Zudem ist der Haushalt 2024 nur aufgrund von Sondereffekten ausgeglichen. Zum einen, weil in 2024 die letzten Mittel aus dem KEF, dem Abbaubonus und dem Zinssicherungsschirm fließen, zum anderen wegen dem Taschenspielertrick, die geringeren Zuweisungen durch eine Erhöhung des Ansatzes der Gewerbesteuererinnahmen auszugleichen. Ein solcher erhöhter Ansatz ist jedoch in Zeiten des Wirtschaftsabschwungs und der aufgrund der Inflation geringeren Kaufkraft der Einwohner\*innen unseriös. Schon in den Folgejahren 2025 und 2026 sind aufgrund der Finanzmittelfehlbeträge erhebliche Jahresverluste geplant.

Zur Teilnahme an der sogenannten „Partnerschaft“ zur Teilentschuldung ist sowohl eine Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer von 415 auf 430 Prozent als auch eine massive Erhöhung der Grundsteuer B von 510 auf 610 Prozent geplant. In einer Zeit, in der die Wirtschaftsdaten für 2024 weiterhin von einer Rezession ausgehen, die Menschen durch die Inflation weniger Kaufkraft haben und die Erhöhung der Grundsteuer B direkt an die Mieter\*innen weitergegeben wird, ist eine Erhöhung der Realsteuern nicht nur absolut kontraproduktiv, sondern verstößt gleich gegen zwei allgemeine Haushaltsgrundsätze des § 93 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz: der Haushalt soll den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts entsprechen – durch die Erhöhung der Realsteuern tut er genau das Gegenteil – und er soll die stetige Erfüllung der Aufgaben sichern, also nachhaltig sein, was er definitiv nicht ist, da bereits 2025 die Erhöhungen der Hebesätze nicht mehr für einen ausgeglichenen Haushalt ausreichen. Was wir dabei immer mit bedenken sollten:

Bei dem verfügbaren Einkommen liegt die Stadt Kaiserslautern mit 20.937 Euro in Rheinland-Pfalz auf dem vorletzten Platz, nur um 160 Euro besser als Ludwigshafen. Wir sollten nicht versuchen, dies mit einem Spitzenplatz bei den Realsteuern ausgleichen zu wollen.

Interessant wird es, wenn man sich die Information des Innenministeriums vom 2. Mai 2023 zum Thema „Haushaltsausgleich und Kommunalaufsicht“ einmal genauer durchliest. Hierin wird adäquat vermerkt, dass sich die Kommunen bei ihrer gesetzlichen Pflicht zur Minimierung des Haushaltsdefizits nicht durch den Verweis auf eine unzureichende Finanzierung durch das Land entziehen können (was in der Wortwahl im Prinzip die Erkenntnis des Innenministeriums ist, dass die Finanzausstattung der Kommunen durch das Land unzureichend ist). Noch interessanter ist der Verweis darauf, dass die Grenze der Erhöhung der Realsteuersätze erst bei einer sogenannten „Erdrosselungswirkung“ dieser Steuer erreicht ist. Diese Erdrosselungswirkung ist nach Meinung des Innenministeriums selbst bei einer Höhe der Hebesätze von bis zu 995 % noch nicht erreicht. Niemand soll sagen, er hätte das nicht gewusst, wenn solche Debatten in der Zukunft geführt werden. Und weiterhin stellt das Innenministerium klar, dass notwendige Investitionskredite bei nicht ausgeglichenen Haushalten versagt werden, selbst wenn die jeweiligen Zweckzuweisungen bewilligt wurden. Somit wird es auch weiterhin keinen Abbau des Investitionsstaus geben können.

Meine Damen und Herren, bei der Rettung des Westpfalz-Klinikums hält sich das Land ebenfalls zurück und belässt die gesamte finanzielle Belastung auf den Schultern der Träger, somit auch der Stadt Kaiserslautern. Sowohl durch die geplante Krankenhausreform des Gesundheitsministers Lauterbach als auch durch das Agieren der Landesregierung besteht die große Gefahr eines Sterbens vieler Krankenhäuser und somit eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung. Wir müssen als Stadtrat Kaiserslautern alles dafür tun, unser Westpfalz-Klinikum als Maximalversorger zu erhalten und eine bestmögliche medizinische Versorgung zu gewährleisten.

Hierzu müssen wir auch einen massiven Druck gegenüber dem Land aufbauen, endlich eine aktive Rolle bei der Rettung der Krankenhäuser zu spielen und nicht passiv dem Sterben zuzuschauen. Medizinische Versorgung gehört zum Grundbedarf und darf nicht Profitinteressen unterworfen werden. Deswegen sind die Fallpauschalen komplett abzuschaffen, die nur dazu führen, dass kranke Menschen in profitable und unprofitable Fälle unterschieden werden. Die Krankenhausfinanzierung muss komplett neu aufgestellt werden, um die bestmögliche medizinische Versorgung bei einer ordentlichen Bezahlung der Beschäftigten und humanen Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren, am letzten Freitag wurden wir alle von der Vorgehensweise des Landes überrascht, den Kommunen im Jahr 200 Millionen Euro zusätzlich zu den vom Bund bereits zugesagten Geldern im Rahmen des Asylpakets in Höhe von 67,2 Millionen Euro zu gewähren. Was bei der euphorischen Berichterstattung leider vergessen wird ist die Tatsache, dass der Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz zur Kostenerstattung bei der Fluchtaufnahme ein ausführliches Gutachten erstellen ließ. Dieses besagt, dass es einen

verfassungsrechtlichen Anspruch der Kommunen auf Vollkostenerstattung gibt und dass eine sofortige Anpassung des Kommunalen Finanzausgleichs erforderlich ist und die bisherige Praxis der Kostenerstattung unzureichend und verfassungswidrig ist. Anscheinend hatte das Land Angst vor einer weiteren Klage und nun statt einer klaren Zusage der Vollkostenerstattung oder einer demgemäßen Anpassung des Kommunalen Finanzausgleichs eine einmalige Summe in Höhe von 200 Millionen Euro bereitgestellt. Es gibt allerdings keinerlei Erläuterungen, wie diese Summe berechnet wurde, ob eine verfassungsgemäße Vollkostenerstattung angedacht wird oder wie es 2025 weitergehen soll. Trotz der damit einhergehenden Entlastung für 2024 ist dies ein weiteres Zeichen für ein planloses und nicht nachhaltiges Handeln der Landesregierung und nicht mehr als Flickschusterei.

Es muss auch klar gesagt werden, dass die von der Ampel im Rahmen des Asylpakets geplanten 625 Euro monatlich pro Geflüchtetem unterhalb dessen liegen, was 2016 von der Regierung Merkel gezahlt wurde: damals waren es 670 Euro monatlich – unter der Regierung Scholz also nur noch 625 Euro, und dies unter ganz anderen Bedingungen wie der gegenwärtigen Inflation.

Ein weiterer Aspekt soll bei dem Asylpaket nicht vergessen werden: Sowohl Bundes- als auch Landesregierung vertreten eine rigorose Abschottungs- und Abschiebepolitik. Meine Damen und Herren, den Rechtsruck werden Bundes- und Landesregierung nicht dadurch aufhalten, dass sie selbst rechte Politik und Gesetze machen. Das Problem in Kaiserslautern sind nicht die Geflüchteten, das Problem ist die mangelhafte Finanzierung durch das Land und die verfehlte Wohnungspolitik, die sehenden Auges den drastischen Rückgang der Sozialwohnungen in den letzten Jahrzehnten zur Kenntnis nahm. Die geplanten neuen Abschiebeetze werden zwar dazu führen, dass Abschiebungen brutaler werden, aber eine Entlastung der Kommunen wird nicht stattfinden, da die vermeintlich hohe Zahl an Abzuschiebenden die Realität verzerrt, da nur die Wenigsten tatsächlich ausreisepflichtig sind. Das Gerede über „illegale Migration“ die zu beschränken sei, ist stigmatisierend und falsch. Es gibt keine „illegale Migration“. Laut der Genfer Flüchtlingskonvention dürfen Menschen, die irregulär einreisen, nicht bestraft werden, wenn sie Schutz suchen. Diese Menschen haben ein verbrieftes Recht, zu kommen und angehört zu werden.

An der Wohnungsnot und den fehlenden Sozialwohnungen in Kaiserslautern sind nicht die Geflüchteten schuld, an den maroden Schulen sind nicht die Geflüchteten schuld, an der mangelnden Gesundheitsversorgung sind nicht die Geflüchteten schuld. Das ganze Asylpaket ist ein einziges Ablenkungsmanöver auch unserer Landesregierung von ihrer eigenen verfehlten Politik. Wenn alle Asylverschärfungen durchgesetzt sind, werden die Löhne und Renten für viele Menschen in Kaiserslautern noch immer nicht zum Leben reichen. Wenn die Bundesregierung für Aufrüstung 200 Milliarden Euro zur Verfügung stellt, dann bleibt halt kein Geld mehr übrig für den sozialen Zusammenhalt. Militarisierung und stufenweise Abschaffung des Asylrechts sind das Gegenteil einer offenen Gesellschaft, für die wir in Kaiserslautern stehen.

Meine Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE/PARTEI wird diesem Haushalt nicht zustimmen. Wenn die Landesregierung den Kommunen die grundgesetzliche

Hoheit über ihre eigenen Finanzen abspricht und trotz des Urteils der Verfassungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz die Finanzausstattung immer stärker beschneidet und zugleich die Kommunen zu einer unerträglichen Spar- und Steuerhöhungspflicht drängt, dann kommt eine Zustimmung zu dem Haushaltsentwurf der Aufgabe unseres kommunalen Mandats gleich. Da wäre es dann doch folgerichtiger, genauso wie der Gemeinderat in Freisbach zurückzutreten. Mit einer Haushaltsaufstellung unter den gegebenen Umständen ist weder eine soziale Stadtpolitik, eine Umsetzung von notwendigen Klimaschutzmaßnahmen, eine Verkehrswende noch eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung möglich. Auch eine notwendige Personalausstattung zur Erfüllung ihrer Aufgaben ist dadurch nicht möglich. Es ist inakzeptabel, dass Menschen ein dreiviertel Jahr auf die Bearbeitung ihres Wohngeldantrags warten müssen. Deswegen können wir diesem Sparhaushalt mit den unerträglichen Belastungen für die Einwohner\*innen unserer Stadt nicht zustimmen.

Manchmal denke ich, es gibt zwei Parteien, die SPD und Grüne heißen. Einmal die, die in Bund und Land regieren und einmal die, die hier im Stadtrat Reden halten. Die scheinen nichts miteinander zu tun zu haben. Dabei, liebe Sozialdemokrat\*inne, liebe Grüne, sind es ihre Parteien, die diese Gesetze erlassen und uns und den Menschen das Leben so schwer machen.

Meine Damen und Herren, eine repräsentative Umfrage der Körber-Stiftung, die im August 2023 veröffentlicht wurde, zeigt, dass das Vertrauen in die Demokratie und ihrer Institutionen massiv verloren geht. Während im Herbst 2021 ein Drittel (30 Prozent) der Befragten angab, weniger großes oder geringes Vertrauen in die deutsche Demokratie zu haben, stimmen dieser Aussage im Sommer 2023 mehr als die Hälfte der Deutschen (54 Prozent) zu. 71 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass führende Leute in Politik und Medien in ihrer eigenen Welt leben, aus der sie auf den Rest der Bevölkerung herabschauen. 46 Prozent der Deutschen finden, dass es weniger bis gar nicht gerecht im Land zugeht.

Zugleich zeigt eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, „Die distanzierte Mitte“, dass sich ein Teil der gesellschaftlichen Mitte zunehmend von der Demokratie distanziert und das Vertrauen in die Institutionen und das Funktionieren der Demokratie schwindet, verbunden mit in erschreckendem Maße angestiegenen rechtsextremen Einstellungen.

Wenn Sie sich Fragen, warum das so ist: einen Teil der Gründe habe ich in meiner Haushaltsrede angesprochen.

Stefan Glander

Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE/PARTEI im Stadtrat KL

